

«Steuerwettbewerb ist real – er ist wie ein Naturphänomen»

 www.bernbund.ch/bern/kanton/steuerwettbewerb-ist-real-er-ist-wie-ein-naturphaenomen/story/31954770



Peter V. Kunz ist Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Bild: Adrian Moser

Herr Kunz, grosse Firmen scheinen bloss Steuern vermeiden zu wollen. Staaten lassen sich gegeneinander ausspielen. Der Steuerwettbewerb wird angeheizt. Kantone müssen nachziehen. Und am Ende hat man als Bürger ein Sparpaket am Hals. Da stimmt doch etwas nicht.

Steuerwettbewerb ist Teil einer grösseren Frage. Es geht um eine Diskussion zum Standortwettbewerb, die auf jeder Ebene geführt wird. Ob man Steuerwettbewerb gut oder schlecht findet: Er ist real – er ist wie ein Naturphänomen.

Aber es ist doch nicht in Ordnung, wenn kleine Staaten oder Kantone ganze Systeme ins Trudeln bringen.

Wenn ich mich als Jurist äussere, muss ich einen anderen Fokus haben. Mich interessiert, ob etwas legal ist.

Nicht alles, was legal ist, ist legitim.

Wenn man findet, etwas sei nicht legitim oder unfair, dann ist die Politik gefragt, dann müssen die Gesetze geändert werden. Ein Richter kann nicht jemanden ins Gefängnis stecken, nur weil er glaubt, etwas sei nicht fair. Veränderungen sind im Gang und durchaus sinnvoll. Die Transparenz im Steuerwettbewerb wird erhöht. Und es soll erreicht werden, dass internationale Firmen Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet wurden. Volkswirtschaftlich gesehen, ist Steuerwettbewerb aber eine gute Sache. Wichtig ist, dass er nicht in einen ruinösen Steuer-Dschungelkampf ausartet.

Irgendwo muss der Wettlauf nach unten doch sein Ende finden – bevor die Altersheime kein Geld mehr haben für Windeln.

International wird eine Mindeststeuer diskutiert. In der Schweiz kennen wir keine Mindestvorgaben. Es müssen

zwar gewisse Grundsätze eingehalten werden. So ist es nicht erlaubt, degressive Tarife festzulegen, also Steuersätze, die für höhere Einkommen niedriger werden. Aber sonst? Die Höhe der Steuern ist keine objektivierbare Grösse. Genauso wenig wie es – in Anführungszeichen – richtige Preise gibt. Wenn ich Ihnen Ihr Natel abkaufen möchte, können wir einen Preis vereinbaren, der für beide stimmt – ob das fünf oder fünftausend Franken sind, spielt keine Rolle.

All das, was ein Staat leistet, hat doch einen Preis.

Der Kanton Luzern ist dafür ein gutes Beispiel. Als er die Unternehmenssteuern senkte, war das ein politischer Entscheid. Nur waren dann die Einnahmen so gering, dass starke Sparanstrengungen nötig wurden und die Steuern schliesslich wieder erhöht werden müssen. Es ist immer eine Frage des Masses.

Der Berner Unternehmer Peter Stämpfli sagte in unserer Umfrage, früher sei der Steuersatz im Kanton Bern tief genug und konkurrenzfähig gewesen. Heute stehe der Kanton aber unter Druck.

Eine solche Aussage ist ehrenvoll. Und sie zeigt, wie es funktioniert. Steuerwettbewerb läuft nicht über absolute Zahlen, sondern über den relativen Vergleich mit anderen Staaten, Kantonen oder Gemeinden. Wenn andere die Steuern senken, geraten jene unter Druck, die es nicht tun.

Es gibt andere Unternehmer, die dem Regierungsrat vorwerfen, ihm fehle der Mut für grössere Schritte.

Ich erachte es für Bern als richtig – das sage ich aus einer liberalen persönlichen Grundhaltung heraus –, dass zunächst bloss ein erster Schritt erfolgen soll. Diesen kann man als Investition sehen; und wenn es schief läuft, hielte sich der Schaden in Grenzen. Ein zweiter Schritt müsste aber gegenfinanziert sein. Daher ist es richtig, die «Steuervorlage 17» des Bundes abzuwarten. Solange nicht klar ist, was für die Kantone herauschaut, wären weitere Schritte leichtsinnig.

Sie beurteilen die Steuersenkung im Kanton Waadt als leichtsinnig? Er gab bekannt, dass er die Unternehmenssteuern so oder so senke.

Ich finde es politisch leichtsinnig. Aber die Waadt steht im Steuerwettbewerb noch schlechter da als Bern. Meines Erachtens wäre es falsch, wenn der Kanton Bern mit seiner angespannten Finanzsituation kopflös Steuern senken würde.

Wäre es nicht für alle besser, wenn die Kantone koordiniert vorgehen würden, statt sich zu zerfleischen?

In der bestmöglichen aller Welten würde das so funktionieren. Aber die Schweiz ist seit jeher ein wettbewerbsorientiertes Land ohne materielle Steuerharmonisierung. Da gibt es keinen nordkoreanischen Herrn Kim, der uns sagen kann, was wir produzieren sollen. Allerdings ist in der Schweiz die Chancengleichheit wichtig. Und weil bekannt ist, dass nicht alle Kantone und Gemeinden im Steuerwettbewerb die gleiche Ausgangslage haben, gibt es den Finanzausgleich.

Ist dieser ewige Wettbewerb ein unumstössliches Gesetz?

Die Zeiten ändern sich. Zwischen meiner Generation und jener meiner Studierenden stelle ich schon einen Unterschied fest. Meine Generation wollte noch viel verdienen, sparen und ein Haus bauen. Die heute 25-Jährigen wollen ein optimales, aber nicht unbedingt ein maximales Leben. Die Work-Life-Balance spielt für sie eine ganz wichtige Rolle. Sie haben ein entspannteres Verhältnis zum Wettbewerb.

Besteht da nicht die Gefahr, dass die Schweiz unter die Räder kommt?

Dieses Risiko besteht über kurz oder lang tatsächlich. Die junge Generation wird in 30 Jahren den heutigen Wohlstand nicht auf sicher haben. Sie wird konfrontiert sein mit Ländern, wo der Wettbewerb aggressiver geführt wird.

Was raten Sie?

Heimatschutz und Abschottung bringen sicher nichts. Wer sich abschottet, verliert. Ich bin aus Überzeugung für Freihandel. Nur so können weitere Standortvorteile wie ein gutes Bildungssystem oder ein verlässliches Rechtssystem auch ausgespielt werden. Und solche Vorteile haben wir doch einige. Aber in die Zukunft gibt es keine Schlafwagen. (Der Bund)

Erstellt: 11.11.2017, 08:32 Uhr